

Fragen an die Agrar-Sprecher der Deutschen Parteien

Bürokratie in der Landwirtschaft

- *Wie stellt sich ihre Partei die Zukunft in der Landwirtschaft vor?*
- *Noch mehr Bürokratie in den Bereichen Verwaltung, Agrarreformen und Steuerrecht, dafür immer noch weniger Zeit für die eigentliche Arbeit? Wie soll man das noch alles bewältigen?*

Antwort durch die CDU:

Die Unionsfraktion setzt sich für eine moderne und wettbewerbsfähige Lebensmittelerzeugung im eigenen Land ein. Das Leitbild unserer Agrarpolitik ist eine von Familien betriebene, regional verankerte, flächendeckende Landwirtschaft, die nachhaltig wirtschaftet und den Natur- und Umweltschutz achtet. Wir werden den Erwartungen der Bevölkerung ebenso Rechnung tragen, wie den ökonomischen Gegebenheiten der Betriebe. Mehr Dialog statt Konfrontation, mehr Miteinander statt Gegeneinander: Das ist der Weg, um eine moderne Lebensmittelerzeugung in Deutschland dauerhaft zu ermöglichen.

Den Betrieben soll mehr Zeit für Stall und Acker bleiben. Deshalb wollen wir den bürokratischen Aufwand für Verwaltung und Betriebe reduzieren. Notwendig sind weniger Detailregelungen und eine bessere Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Wir brauchen mehr Ausnahmeregeln für kleinere Betriebe und müssen Mehrfachkontrollen verhindern.

Antwort durch die CSU:

Die CSU wird - wo immer möglich - für spürbare Entlastungen von unnötiger Bürokratie sorgen. Die von uns eingeführte Bürokratiebremse („one-in, one-out“-Regel), bei der steigende Bürokratiekosten an anderer Stelle wieder eingespart werden müssen, ist ein erfolgreiches Instrument. Wir haben Bürokratierleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geschaffen und zuletzt zum Beispiel den Schwellenwert für die Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern auf 800 Euro nahezu verdoppelt. Auch bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden eine deutliche Vereinfachung und der Abbau der Bürokratie einer unserer Schwerpunkte sein. Wir setzen uns für weniger Detailregelungen und eine bessere Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten ein.

Antwort durch die FDP:

Die FDP hat das Leitbild einer unternehmerischen, mittelständisch geprägten Landwirtschaft. Wir wollen die unternehmerische Landwirtschaft – gleich ob konventionell oder ökologisch - stärken, Innovationen fördern und Überregulierung und Bürokratie abbauen. Eine unternehmerische Landwirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen und faire Wettbewerbschancen. Die Bereitstellung öffentlicher und für die Gesellschaft nützlicher Güter (z. B. Landschaftspflege) soll honoriert werden.

Der Landwirt soll Landwirt bleiben und nicht zum Schreibwirt werden. Insbesondere das GAP-Antragsverfahren muss entbürokratisiert werden.

Antwort durch die SPD:

Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Dafür wollen wir die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein fairer Preis für Lebensmittel trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig. Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen.

Landwirte sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und nicht auf das Ausfüllen von Formularen. Gerade kleine und mittlere Betriebe trifft unnötige Bürokratie besonders hart. Wir werden sie von Statistik-, Buchführungs- und aufzeichnungspflichten befreien. Ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft auch online erledigen lassen. Daher wollen wir für eine schnelle Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung sorgen. Diese sorgt einerseits für mehr Benutzerfreundlichkeit, andererseits kann die Verwaltung selbst durch die Digitalisierung effizienter und fehlerfreier arbeiten. Eine moderne und effiziente Verwaltung wird möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Wir wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer sich einfach und sicher mit einer Zugangsberichtigung für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten mehrfach übermitteln müssen. Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen Antragsteller jederzeit nachvollziehen können. Landwirtschaftliche Betriebe erhalten starke Unterstützung aus Steuermitteln. Um die Förderung der Landwirtschaft auch künftig sicherzustellen, kommt es besonders darauf an, eine bessere gesellschaftliche Legitimation für die Zahlungen zu bekommen. Deshalb wollen wir bis Ende 2026 schrittweise aus dem bisherigen System der Direktzahlungen aussteigen. Mit dem Wegfall der Direktzahlungen wird auch hier ein erheblicher Teil der bürokratischen Belastungen für die Landwirte wegfallen, die nicht an den neuen Programmen teilnehmen. Die neue Agrarförderung soll sich an der Stärkung der ländlichen Räume, der Sicherung der Bewirtschaftung in benachteiligten Gebieten, der Nachhaltigkeit der Produktionsmethoden, der Förderung von Innovationen in der Ernährungs- und Landwirtschaft und der Absicherung der beruflichen Perspektive für die in diesen Sektoren arbeitenden Menschen orientieren. Dieses Geld soll

den Landwirten als Entgelt für die von Ihnen erbrachten Leistungen wieder zu Gute kommen. So brauchen wir beispielsweise auch weiterhin eine Förderung des Grünlands, um Kohlendioxid zu binden. Wir wollen einen eigenen Fördergrundsatz in der GAK, um Maßnahmen zur Verringerung des Klimagasausstoßes aus organischen Böden gezielt angehen zu können.

Antwort durch Die Linke:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

Antwort durch die AfD:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

Antwort durch Bündnis 90/Die Grünen:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.